

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa.
Vermerk Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsamtsbehörde beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Ganzzollsatzes Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postleitzettel: Dresden 1550
Girokonto Riesa Nr. 52.

Nr. 7.

Montag, 9. Januar 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 16 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, monatlich 8.- Mark ohne Aufschlag. Einzelnummer wird nicht übernommen. Preis für die 48 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Seite (7 Silben) 2.- Mark, Ortspreis 1.75 Mark; getraubende und labellarische Satz 50% Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 75 Pf. Festive Tarife. Bewilligter Rabatt erhält, wenn der Betrag verfällt, durch Abzug eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Richtige Unterhaltungsbeiträge "Erzähler an der Elbe". - Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, des Lieferanten oder der Beförderungsanstalten - hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung, oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Höhnel, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Bekanntmachung.

Die Bekanntmachung vom 30. Dezember 1920 - Ordnung für die 3 Mieteinigungsstellen bei der Amtshauptmannschaft Großenhain betrifft. - ändert sich wie folgt:

I. § 7, Absatz 1 wird gestrichen und dafür gesetzt:
Die Bevölker und deren Stellvertreter werden vom Bezirksausschus am Ende jeden Jahres aus den Listen gewählt, die die Gemeinden des Bezirks, in denen Verbände der Haushälter und Mieter bestehend, aufstellen und bei der Amtshauptmannschaft einreichen. Von jeder in Frage kommenden Gemeinde sollen je 2 Bevölker und je 4 Stellvertreter der betreffenden Organisationen vorgeschlagen werden.

Die vom Bezirksausschus gewählten Mitglieder werden dann bei Beginn des Jahres nach einer schriftlich festgelegten Reihenfolge von den Mieteinigungsstellen zu den Sitzungen berufen.

II. Zu § 10 wird folgender Absatz als Absatz 3 angefügt:
Der Gemeindevorstand ist von jedem Termin wie die Parteien in Kenntnis zu setzen. Er kann zu jeder Verhandlung erscheinen oder sich durch ein mit schriftlichem Ausweis versehenes Gemeindemitglied vertreten lassen.

Der Vorstand des der Beauftragte müssen auf ihre Verlangen vor der Entschließung gehört werden.

III. § 18 wird gestrichen; dafür:

Das Verfahren ist gebührenfrei. Die Gebühr wird nach billigem Ermessen von der Mieteinigungsstelle der einen oder anderen oder beiden Parteien auferlegt.

Bemerkung zu § 13: Angenommen wird eine einfache Prozeßgebühr.

Großenhain, den 20. Dezember 1921.

Die Amtshauptmannschaft als Mieteinigungsamt.

Die Konferenz von Cannes.

Lloyd Georges steht in der am Freitag abgehaltenen ersten Sitzung.

Der Havas-Berichterstatter in Cannes meldet, daß Lloyd George in seiner Rede einen Hohnspruch ausführte: Die Konferenz werde wahrscheinlich die wichtigste sei ihrer sein, die sich seit dem Waffenstillstande versammelten. Denn ihre Beziehungen würden von weittragender Bedeutung sein. Das Schicksal Europas hänge von der Zukunftsmehrheit der alliierten Mächte ab. Sie müssten die schwere Verantwortung auf sich nehmen, die sich aus dem Zustande der wirtschaftlichen Zerrüttung ergebe, worunter weite Gebiete gegenwärtig dornieder liegen. Die Eintracht der Alliierten bleibe auch im Frieden unentbehrlich. Um sie zu verwirklichen, sei es nötig, daß die Mächte bereit seien, sich gegenseitig Opfer zu bringen und anzuerkennen, daß jede von ihnen alle möglichen Opfer bräuche. Es sei eine unabsehbare Aufgabe, für keine Alliierten Mäßigung zu predigen, wenn es sich um Deutschland aufzuerlegenden Bedingungen handele. Wer die Rolle spielt, werde angeklagt, daß er seine Alliierten Deutschland opfere. In Wirklichkeit sei es notwendig, die Dinge so anzusehen, wie sie seien. Deutschland müsse begabt bis zum Höchstgrad seiner Leistungsfähigkeit. Das erfordere die Gerechtigkeit. Wenn der Vertreter Großbritanniens dafür eintrete, daß Deutschland nicht zum Hungertode getrieben werden solle, so treibe er keine deutschfreundliche Politik. England habe kein Interesse daran, Deutschland zu schonen. Wenn Deutschland ruiniert würde, so wäre England das erste Land, das daraus Vorteil ziehen würde. Wenn England dagegen Mäßigung zeige, so gebe das, weil das den allgemeinen großzügigeren Interessen der Welt entspreche. Es müsse vermieden werden, Deutschland in ein Chaos zu stürzen, in dem Aufland gegenwärtig dorniederliege. Wenn die sozialen Verhältnisse in Deutschland zerstört würden, so werde es sich infolge der Schwierigkeiten und des Temperaments seiner Bewohner als etwas viel Gefährlicheres erheben, als Russland für seine Nachbarn sei. Viel Erwagungen brachten die britische Regierung trop des Bratches, der sie in Europa und in England erhob, doch dazu, zur Rücksicht und Mäßigung zu raten. Es sei klar, daß in der Reparationsfrage die Leistungsfähigkeit Deutschlands durch den Wert seines Außenhandels zum Ausdruck komme. Die Alliierten seien erstaunt, daß Deutschland trotz seines fortgeschrittenen Industriestandards und trotz der Produktivität seiner Fabriken, so viele Schwierigkeiten habe, seinen Verpflichtungen zu entsprechen. Tatsächlich sei die Lage so, daß Deutschland und seine benachbarten Länder, mit denen der deutsche Handel die lebhaftesten Beziehungen unterhalte, auf industriellem Gebiete zusammenbrechen und von der Handelskarte Europas gestrichen seien.

Die Sitzung des Obersten Rates am Sonnabend.

Havas meldet aus Cannes: Die Sitzung des Obersten Rates hat am Sonnabend von 7 Uhr bis 8 Uhr 45 Minuten gedauert. Ministerpräsident Briand hat vom Obersten Rat Auftrag erhalten, die deutsche Regierung einzuladen, Delegierte nach Paris zu entsenden, wo sie sich bereit halten sollen, nach Cannes zu kommen, wenn der Oberste Rat sich über die Reparationsfrage geeinigt habe. Die deutschen Delegierten werden so gemäß den Bestimmungen des Vertrages die Möglichkeit haben, ihre Bemerkungen über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands zur Kenntnis zu bringen und sie werden Mitteilung von den Bedingungen der Alliierten erhalten.

Der Vorschlag, die deutschen Delegierten einzuladen, wurde von der britischen Delegation eingeholt, die ihre sofortige Berufung verlangte. Ministerpräsident Briand, unterstützt vom Ministerpräsidenten Chautemps, hatte auf die Notwendigkeit für den Obersten Rat hingewiesen, an diesen Verhandlungen erst zu treten, nachdem über die Bedingungen, die Deutschland getroffen werden sollten, Einigkeit erzielt sei, namentlich was die Garantien betreffe, die von dieser Regierung verlangt werden sollen, um die deutsche Finanzlage zu sanieren.

Dieser Standpunkt wurde vollkommen gebilligt und die Konferenz glaubt nicht, in der Lage zu sein, die Vertreter Deutschlands eher als nach 48 Stunden nach Cannes einzuladen zu können.

Deutsche Vertreter nach Cannes bernommen.

WTB. meldet aus Berlin: Sonntag vormittag 1 Uhr wurde dem Reichskanzler als Minister des Auswärtigen durch die französische Botschaft folgendes Telegramm zur Kenntnis gebracht, das der Präsident des Obersten Rates an die deutsche Reichsregierung übertragen hat:

"Der Oberste Rat wird ohne Zweifel das Bedürfnis haben, Ihre Vertreter in der nächsten Woche (von 8. bis 15. Januar) zu hören; um Zeit zu gewinnen, rege ich an, daß Ihre Vertreter sich nach Paris begeben und sich dort bereithalten, um unserem Rufe zu folgen."

In einer engeren Besprechung, die Sonntag vormittag in der Reichskanzlei unter dem Vorz. des Reichskanzlers stattfand und bei der die Vertreter der beteiligten Rechts- und Dr. Rathenau anwesend waren, wurde der Stand der Reparationsverhandlungen erörtert. In einer Kabinettssitzung, die gestern nachmittag stattfand, wurde beschlossen, die zu entsendende deutsche Delegation unter die politische Führung des Reichskanzlers a. D. Dr. Rathenau zu stellen. Der Delegation werden angehören: Staatssekretär Schröder vom Reichsfinanzministerium, Staatssekretär Hirsch vom Reichswirtschaftsministerium, Staatssekretär a. D. Bergmann, ferner der Vorsitzende der Kriegsabsturkmission in Paris, Staatssekretär Fischer sowie Ministerialdirektor Trenckebenreiter und Belegschaftsmitglied Martin.

Die Abreise der deutschen Delegation soll am Montag nachmittag 2 Uhr erfolgen. Die Vertreter sind, wie der "Lokalanzeiger" meldet, mit allen nötigen Vollmachten und dem einschlägigen Material ausgerüstet, um auf jedes an sie gerichtete Frage Auskunft geben zu können. Die deutsche Delegation begibt sich zunächst nach Paris, um dort weiteres abzuwarten. Es wird angenommen, daß die Delegation über die Garantiebedingungen zur deutschen Finanzgarantie Auskunft geben wird. Die Fragen werden betrifft: Aus- und Einfuhr, Wirtschafts-, Steuer- und Finanzfragen. Unter diesen Gesichtspunkten hat die Auswahl der Delegierten stattgefunden.

Zahlungsaufschub für Deutschland.

Reuter meldet aus Cannes: Die Konferenz beschloß, Deutschland unter noch schaustehenden Bedingungen einen Teil seiner Zahlungen aufzuschieben zu erwarten.

Die Vorprüfung des Reparationsproblems.

Havas meldet aus Cannes: Die Versammlung der mit der Vorprüfung des Reparationsproblems beauftragten Minister hat am Sonnabend bis 1.30 nachmittags gearbeitet. Die Minister haben von der Verantwortung des Frageobjekts, der den Sachverständigen über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands vorgelegt wurde, Kenntnis genommen. Die Erörterung erstreckte sich auf die Frage, ob es möglich wäre, den Betrag der von Deutschland zu erlongenden Zahlungen in Gold für das Jahr 1922 zu erhöhen, dagegen über die Sachleistungen zu vermindern.

Auf dem Meinungsaustausch beteiligten sich hauptsächlich Washington, Loubet und Thénard. Die Beratung sollte am Sonnabend um 6 Uhr abends wieder aufgenommen werden. Es scheint, daß die Vorberatungen auch noch Montag fortgesetzt werden.

Eine weitere Havas-Meldung besagt: In der Reparationsfrage wird getrennt verhandelt. Die alliierten Minister und Sachverständigen beraten in getrennten Sitzungen, die Sachverständigen studieren in der Hauptstube die Zahlungsfähigkeit Deutschlands. Die britischen Delegierten, unterstützt von ihren französischen Kollegen, sind der Ansicht, Deutschland könne 1922 eine höhere Summe als 500 Millionen Goldmark, wie in London vorgesehen sei, bezahlen, sie hätten darauf beständliche Dokumente vorgelegt und seien überzeugt, daß das Deutsche Reich in diesem Jahr weitgehend 300 Millionen mehr in Gold bezahlen könnte. - Der Sonderberichterstatter des "Journal des Débats" glaubt, über die Ansichten, die im Sachverständigenausschuß in Cannes vorherrschen, folgendes mitteilen zu können:

Die englischen Sachverständigen halten an der Zahlungsquote von 500 Millionen Goldmark für das Jahr 1922

Bernichtung von Alten.

Bei Neuordnung des Archivs der unterzeichneten Amtshauptmannschaft sind eine größere Anzahl ausgemeldete Akten ausgeschieden worden, die vernichtet werden sollen. Das hierüber aufgestellte Verzeichnis liegt von jetzt ab bis zum 10. Februar 1922 für 30. Alten öffentlich aus.

Gemeinden, Höfeverschönen und Privatpersonen, welche an der Erhaltung einzelner Akten ein Interesse zu haben glauben, wird die Einsichtnahme in das Verzeichnis und die Einreichung von Anträgen auf Überlassung von Akten bis zu dem obengenannten Zeitpunkte freigestellt.

Großenhain, am 6. Januar 1922.

10 a. A.

Die Amtshauptmannschaft.

An Stelle des aus dem Ratskollegium ausgeschiedenen Herrn Stadtrat Jobst ist

Herr Gewerkschaftsbeamter Hermann Eichler

am 5. Januar 1922 als Ratsmitglied in Blick genommen worden.

Der Rat der Stadt Riesa, am 7. Januar 1922.

Schmn.

Am 5. Januar 1922 ist ein schwarzer Ewig ohne Steuermarke eingesangen worden.

Er ist innerhalb 3 Tagen abzuholen, andernfalls anderweit über das Tier verfügt wird.

Der Rat der Stadt Riesa, am 9. Januar 1922.

Kr.

Nach einer ministeriellen Verordnung sind für Wohnungsbuchende Aufnahmebogen anzuzeigen. Personen, die auf Zuweisung einer Wohnung in der gleichen Gemeinde rechnen, wollen im Gemeindeamt einen Aufnahmebogen sofort entnehmen und denselben bis spätestens 17. ds. Ms. wieder hierher zurückgeben.

Weida b. Riesa, am 7. Januar 1922.

Der Gemeindevorstand.

Morgen Dienstag nachm. 2 Uhr wird das Bleich eines Jungbründes, Pfd. 8 M., verkauft. Der Gemeindevorstand.

Freibank Heyda.

Morgen Dienstag nachm. 2 Uhr wird das Bleich eines Jungbründes, Pfd. 8 M., verkauft. Der Gemeindevorstand.

fest, während die französischen Sachverständigen von einer Milliarde Goldmark sprechen. Endlich beschäftigen sich die Sachverständigen mit der Verarbeitung der deutschen Zahlungen und suchen nach einem neuen Vertragsabschlüsse. Da die Sachverständigen sich über diese drei Fragen nicht hätten einigen können, sei die Entscheidung den verbliebenen Finanzministern überlassen worden.

In sehr gut unterrichteten Kreisen in Cannes behauptet sich nach einer Havasmeldung das Gericht, daß England auf die ihm aus den Zahlungen Deutschlands für das Jahr 1922 zustehenden 450 Millionen Goldmark verzichte, ohne daß Frankreich auf irgend eines seiner Rechte zu verzichten brauche.

Wie der Sonderberichterstatter der Agence Havas aus Cannes meldet, hat sich bei der Zusammenkunft der mit der Vorprüfung der Reparationsfrage beauftragten alliierten Minister am Sonnabend vormittag die Debatte fast ausschließlich auf den englischen Vorschlag bezoget, durch den Deutschland auf die Zahlungen des Jahres 1922 aufzugeben.

England hat innerhalb der gesamten Welt hingewiesen, der sich auch in Deutschland läßt, daß es die Zahlungen des Jahres 1922 aufzugeben, Frankreich dagegen seinen vollen Anteil mit Hilfe des Wiesbadener Abkommens erhalten solle.

Die englischen Delegierten hätten auf den Rückschlag der Wirtschaftslage der gesamten Welt hingewiesen, der sich auch in Deutschland läßt. Im Jahr 1921, so hätten die englischen Vertreter ausgeführt, als das Zahlungstatut vom 8. Mai aufgestellt worden sei, hätte die jüngste Krise nicht bestanden.

Man hätte mit einem Wachsen der Geschäftstätigkeit gerechnet, durch die Deutschland instandgesetzt worden wäre, seine Schulden innerhalb der gezeigten Grenzen völlig abzutragen.

Seitdem aber sei die Ausübung in der ganzen Welt beträchtlich zurückgegangen und zwar um 50 Prozent, was insbesondere auf Deutschland zutreffe, dessen Zahlungsfähigkeit also durch diese außergewöhnlichen Umstände erheblich beeinträchtigt worden sei. Außerdem hätte Deutschland erhebliche Schwierigkeiten erzielen können, um diesen Mangel an Einnahmevermögen zum mindesten teilweise auszugleichen. Das habe es nicht verstanden oder nicht gewollt.

Die Alliierten forderten also beide mit Recht, daß es sich von den Errötern seiner fiskalischen Politik abwende. Deshalb sei es im Augenblick, wo die englische Regierung einen Aufschub für die Zahlungen vorschlage, von Wichtigkeit, diesen Aufschub zu erhalten.

Der Vorschlag Englands auf die ihm für 1922 als Reparation zustehenden Summe, so läßt der Berichterstatter fort, steht noch wie vor fest. England verlangt nur unter der ausdrücklichen Bedingung zu gewöhnen, daß es künftig unter interalliiertem Kontrolle eine vorstelligere Finanzpolitik treibe. Bekanntlich habe es insbesondere darum gebündelt, einmal die Vollmachten des Garantienkomitees zu erweitern und dann, von der Berliner Regierung zu erreichen, daß sie den Papiergeldauslaß einschränkt und ihr Budget erheblich ins Gleichgewicht bringt. Es handle sich jetzt nur noch darum, die Einzelheiten dieser Garantien zu bestimmen.

Der Berichterstatter Englands auf die ihm für 1922 als Reparation zustehenden Summe, so läßt der Berichterstatter fort, steht noch wie vor fest. England verlangt nur unter der ausdrücklichen Bedingung zu gewöhnen, daß es künftig unter interalliiertem Kontrolle eine vorstelligere Finanzpolitik treibe. Bekanntlich habe es insbesondere darum gebündelt, einmal die Vollmachten des Garantienkomitees zu erweitern und dann, von der Berliner Regierung zu erreichen, daß sie den Papiergeldauslaß einschränkt und ihr Budget erheblich ins Gleichgewicht bringt. Es handle sich jetzt nur noch darum,

die Einzelheiten dieser Garantien zu bestimmen.

Der Berichterstatter Englands auf die ihm für 1922 als Reparation zustehenden Summe, so läßt der Berichterstatter fort, steht noch wie vor fest. England verlangt nur unter der ausdrücklichen Bedingung zu gewöhnen, daß es künftig unter interalliiertem Kontrolle eine vorstelligere Finanzpolitik treibe. Bekanntlich habe es insbesondere darum gebündelt, einmal die Vollmachten des Garantienkomitees zu erweitern und dann, von der Berliner Regierung zu erreichen, daß sie den Papiergeldauslaß einschränkt und ihr Budget erheblich ins Gleichgewicht bringt. Es handle sich jetzt nur noch darum,

die Einzelheiten dieser Garantien zu bestimmen.

Der Berichterstatter Englands auf die ihm für 1922 als Reparation zustehenden Summe, so läßt der Berichterstatter fort, steht noch wie vor fest. England verlangt nur unter der ausdrücklichen Bedingung zu gewöhnen, daß es künftig unter interalliiertem Kontrolle eine vorstelligere Finanzpolitik treibe. Bekanntlich habe es insbesondere darum gebündelt, einmal die Vollmachten des Garantienkomitees zu erweitern und dann, von der Berliner Regierung zu erreichen, daß sie den Papiergeldauslaß einschränkt und ihr Budget erheblich ins Gleichgewicht bringt. Es handle sich jetzt nur noch darum,

die Einzelheiten dieser Garantien zu bestimmen.

Der Berichterstatter Englands auf die ihm für 1922 als Reparation zustehenden Summe, so läßt der Berichterstatter fort, steht noch wie vor fest. England verlangt nur unter der ausdrücklichen Bedingung zu gewöhnen, daß es künftig unter interalliiertem Kontrolle eine vorstelligere Finanzpolitik treibe. Bekanntlich habe es insbesondere darum gebündelt, einmal die Vollmachten des Garantienkomitees zu erweitern und dann, von der Berliner Regierung zu erreichen, daß sie den Papier